

Basel, den 28. April 2014

Medienkonferenz Greenpeace – Ankunft Beluga in Basel

Grösstes Risiko für den Rhein: veraltete Atomkraftwerke und eine untätige Atomaufsicht

Folie 1

Meine Damen und Herren

Ich begrüsse als Einwohner und Vertreter im Grosse Rat von Basel-Stadt die Greenpeace-Menschenschaft der Beluga.

Die Beluga hier im Rhein, das ist von starker symbolischer Qualität, denn der Rhein ist eine der Lebensadern Europas.

Und der Rhein hat hier in der Region schon einiges erlebt, Sie erinnern sich an den Unfall von Schweizerhalle 1986, der zu einer starken Kontamination des Flusses und zu einem grossen Fischsterben geführt hatte.

Auch heute beziehen Millionen Menschen ihr Trinkwasser direkt aus dem Rhein, auch unsere Stadt Basel.

Seit Schweizerhalle ist einiges gegangen in Sachen Chemiesicherheit, und generell hat sich die Qualität der Gewässer in den letzten Jahrzehnten verbessert.

Allerdings ist eine Leidensgeschichte noch nicht zu Ende, jenes der radioaktiven Gefährdung.

Atomkraftwerke geniessen im Umweltrecht einen Sonderstatus, sie unterstehen weder der regulären Haftung noch der Stoffverordnung und die Kantone sind gegenüber dem untätigen ENSI mehr oder weniger machtlos.

Fehlender Schutz des Trinkwassers

Das ENSI pflegt seit langem die Auffassung, dass ein Unfall mit Austritt von Radioaktivität in der Schweiz gar nicht vorkommen könne. Das ENSI argumentiert mit „Auslegungsstörfällen“, die nur einen kleinen Bruchteil der Emissionen eines Unfalls wie in Fukushima abbilden.

Seit Jahrzehnten wissen wir aber, dass solche Unfälle eben passieren und das ENSI lässt unendlich Zeit verstreichen, ohne zu handeln. Das ENSI gibt zwar zu, dass in Basel die Trinkwasserversorgung monatelang ausfallen könnte, tut aber rein gar

nichts, um einen solchen Fall zu verhindern oder um Notfallmassnahmen an der Quelle vorzubereiten, wie sie im Gesetz vorgesehen wären.

Folie 2

In den aktuellen Notfall- bzw. Referenzszenarien ist der Austritt von grossen Mengen an radioaktivem Wasser aus einem schweizerischen Kernkraftwerk nicht berücksichtigt.

Es fehlen in den CH AKWs zum Beispiel Restwasserbecken. Und es entsteht einmal mehr der Eindruck, dass das ENSI gezielt auf Zeit spielt um die Betreiber zu schonen.

Der rot-grüne Regierungsrat von Basel-Stadt hat auf diese Lücken hingewiesen und sie kritisiert.

Aber auch im Jahr 4 nach Fukushima ist bisher nichts geschehen, was die Risikolage verbessern würde.

Statt Auflagen oder eine Schliessung von alten Atomkraftwerken durchzusetzen, werden höchstens Alibi-Massnahmen zur Symptombekämpfung mit neuen Alarmplänen oder mit Jodtabletten geprüft.

Für Basel-Stadt hat dies zur Folge, dass die Bevölkerung ungeschützt ist, und manchmal besteht bei uns der Eindruck dass dies der übrigen Schweiz, zum Beispiel den Zürchern mit Axpo und ETH völlig egal ist.

In Basel-Stadt wird neu eine diversitäre Trinkwasserbeschaffung der Industriellen Werke Basel (IWB) vorbereitet, was den Kanton viele Millionen kosten wird, aber im Ernstfall trotzdem nur bedingt hilft, wenn die Böden aus der Luft radioaktiv kontaminiert werden.

Ich hier orte hier ein systemisches und ein personelles Problem.

Das ENSI steht immer auf Seiten der Betreiber und sein Chef, Herr Wanner, verbreitet gezielt Unsinn.

Folie 3

Herr Wanner hat die Atomkraftwerke für sicher. Er leugnet implizit alle Restrisiken und sich in Dienstverweigerung und Verharmlosungen.

Es fehlt ihm die kritische Distanz zu den AKW-Betreibern.

Das ENSI ist nicht einfach bloss Mitläufer der Atomlobby, sondern aktiver Teil davon. Nichts hat dies deutlicher zu Tage treten lassen als die Beschwerde des ENSI vor Bundesgericht, mit dem das ENSI die Überprüfung der Sicherheit von Mühleberg durch Anwohner verhindern wollte.

Folie 4

Das Bundesgericht hat nun den Klägern Recht gegeben.

Nun hat das ENSI ein Problem.

Wer den Anwohnern das Recht abspricht, die Sicherheit zu überprüfen, ist als Akteur nicht mehr unabhängig.

Er ist damit ungeeignet, die entsprechenden Sicherheits-Prüfungen vorzunehmen. Wie sollen wir jemandem bei einer Sicherheitsprüfung vertrauen, der diese Prüfung jahrelang verzögert und die Klage fälschlich für illegal erklärt?

Es wäre deshalb meines Erachtens nun an der Zeit, dass die ENSI Spitze zurücktritt, Herr Wanner, Herr Schwarz und Frau Eckhardt.

Folie 5

Wer das Volk explizit nicht schützen will, ist im ENSI fehl am Platz. Er wird diese Aufgabe auch in Zukunft nicht leisten können.

Die Wirklichkeit verläuft leider nicht so, dass Katastrophen unmöglich sind, wie uns das ENSI das mit seinen verharmlosenden „Auslegungsunfällen“ weismachen will.

Leider stellen wir auch fest, dass es das ENSI keine tauglichen Notfallschutzmassnahmen veranlasst wie sie im Kernenergiegesetz vorgesehen sind.

Man lässt die Betreiber weiter ungeschoren und sorgt erst noch dafür, dass sie im Umfeld gesunkener Strompreise keine Investitionen tätigen müssen, aber trotzdem weitermachen können.

Diese fahrlässige Grundhaltung gefährdet unser Land, und statt den Gripen zu posten würden wir diese zehn Milliarden in den nächsten Jahren besser in erneuerbare Energien und die Schliessung der Atomkraftwerke investieren – für die Sicherheit wäre viel mehr getan.

Ich komme zum Schluss.

Das Schöne an Greenpeace ist, dass sich diese Organisation radikal positioniert und umfassende Antworten liefert. Ich zeige Ihnen das an einem Beispiel.

1999 hat Greenpeace eine Prognose über die Windenergie veröffentlicht, die sich vollkommen von den offiziellen Angaben der Internationale Energieagentur unterschied.

Interessanterweise hat sich die Prognose von Greenpeace als die einzig richtige unter ganz vielen erwiesen, mit über 95% Trefferwahrscheinlichkeit für die Jahre 2000-2013.

Folie 6 - 14

Damit aber nicht genug. Die Gestehungskosten der neuen erneuerbaren Energien werden weiter sinken. Damit kommt es zu einem weiteren Zubau und zu einer Entkoppelung von Strompreisen und Gestehungskosten, wenn die Netze wetterbedingt voll sind mit sauberem Strom. Das ist dann das wirtschaftliche Ende der Bandenergie und der Atomkraftwerke, auch der Schweizer Werke.

Ein Basler Grusswort für Beluga und Greenpeace

Rudolf Rechsteiner,

Grossrat

Vizepräsident TRAS, trinationaler
Atomschutzverband

«Schutzmassnahmen» laut Gesetz

Art. 5 Schutzmassnahmen

1 Bei der Auslegung, beim Bau und beim Betrieb der Kernanlagen sind Schutzmassnahmen nach international anerkannten Grundsätzen zu treffen. Die Schutzmassnahmen umfassen insbesondere den Einsatz qualitativ hochwertiger Bauteile, gestaffelte Sicherheitsbarrieren, die mehrfache Ausführung und die Automation von Sicherheitssystemen, den Aufbau einer geeigneten Organisation mit qualifiziertem Personal sowie die Förderung eines ausgeprägten Sicherheitsbewusstseins.

2 Für den Fall, dass gefährliche Mengen radioaktiver Stoffe freigesetzt werden, sind Notfallschutzmassnahmen zur Begrenzung des Schadenausmasses vorzubereiten.

3 Um zu verhindern, dass die nukleare Sicherheit von Kernanlagen und Kernmaterialien durch unbefugtes Einwirken beeinträchtigt oder Kernmaterialien entwendet werden, müssen Sicherungsmassnahmen getroffen werden. Diese Massnahmen sind, soweit erforderlich, zu klassifizieren.

4 Der Bundesrat regelt, welche Schutzmassnahmen erforderlich sind.

Das ENSI lässt A-Werke auch dann in Betrieb, wenn wesentliche Sicherheiten fehlen

(zB. fehlende diversitäre Kühlwasserzufuhr in Mühleberg)



Hans Wanner, ENSI Chef: «alles ist sicher, wir lernen ständig dazu...» = nichts ist sicher

Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

ENSI
Eidgenössisches Nuklearsicherheitsinspektorat

Medienstelle | Kontakt DE | FR | IT | EN

Dossiers Kernanlagen Notfallschutz Dokumente Dienstleistungen Entsorgung Das ENSI

Suchen

Startseite » „Die Schweizer Kernanlagen sind sicher“

„Die Schweizer Kernanlagen sind sicher“

News, Top | 31. Oktober 2011, 18.28  Gefällt mir

Das Eidgenössische Nuklearsicherheitsinspektorat ENSI hat am Montag, 31.10.2011, seinen dritten Bericht zum Unfall in Fukushima veröffentlicht, die **“Lessons Learned“**. Insgesamt 37 Punkte hat das ENSI identifiziert, die genauer geprüft werden müssen. ENSI-Direktor Hans Wanner erläutert im Interview, weshalb die Kernkraftwerke in der Schweiz trotz der offenen Fragen sicher sind.

Herr Wanner, Sie sind überzeugt, dass die Schweizer Kernkraftwerke sicher sind. Dennoch listen Sie in Ihrem Bericht 37 Prüfpunkte auf. Ein Widerspruch?

Entscheid des
Bundesverwaltungsgerichts
zum KKW Mühleberg



ENSI kontra Anwohner: ENSI wollte Beschwerderecht entziehen

Medienmitteilung des Bundesgerichts

Urteil vom 11. April 2014 (2C_255/2013)

Notkühlung KKW Mühleberg: Beschwerderecht für Anwohner

Anwohner des Kernkraftwerks (KKW) Mühleberg haben Anspruch auf eine anfechtbare Verfügung zum umstrittenen Einsatz von mobilen Pumpen zur Notkühlung des KKW. Das Bundesgericht hat die Beschwerde des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats (ENSI) abgewiesen und den Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts bestätigt.

Empfehlungen von Rudolf Rechsteiner

Nach dem Entscheid des Bundesgerichts hat die Bevölkerung ein Recht auf Schutzmassnahmen und deren Einklagbarkeit.

Das ENSI hat dies bestritten und kann unter der jetzigen Leitung nicht mehr als unabhängig gelten.

Angesichts der unkritischen Haltung der ENSI Spitze und angesichts seines Unwillens, die Schutzrechte der Bevölkerung zu erfüllen empfehle ich:

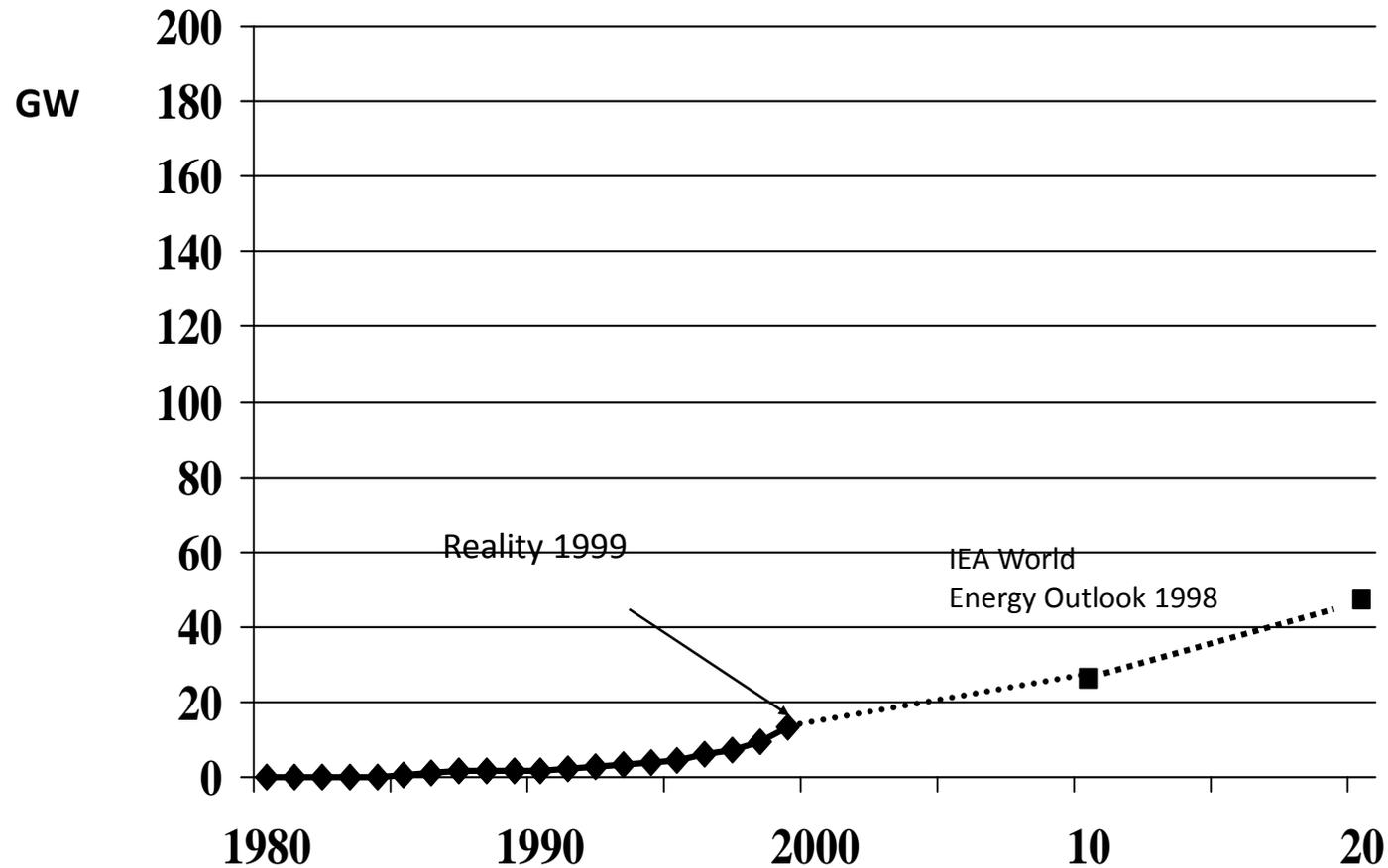
- Rücktritt der Herren Hans Wanner und Georg Schwarz sowie von Frau Anne Eckhardt mangels charakterlicher Eignung für diese Aufgabe
- Bestellung des ENSI mit Leuten, die unabhängig denken und handeln
- Volle und unmittelbare Transparenz über alle technischen Untersuchungsergebnisse

Die Aktionen von Greenpeace haben Hand und Fuss

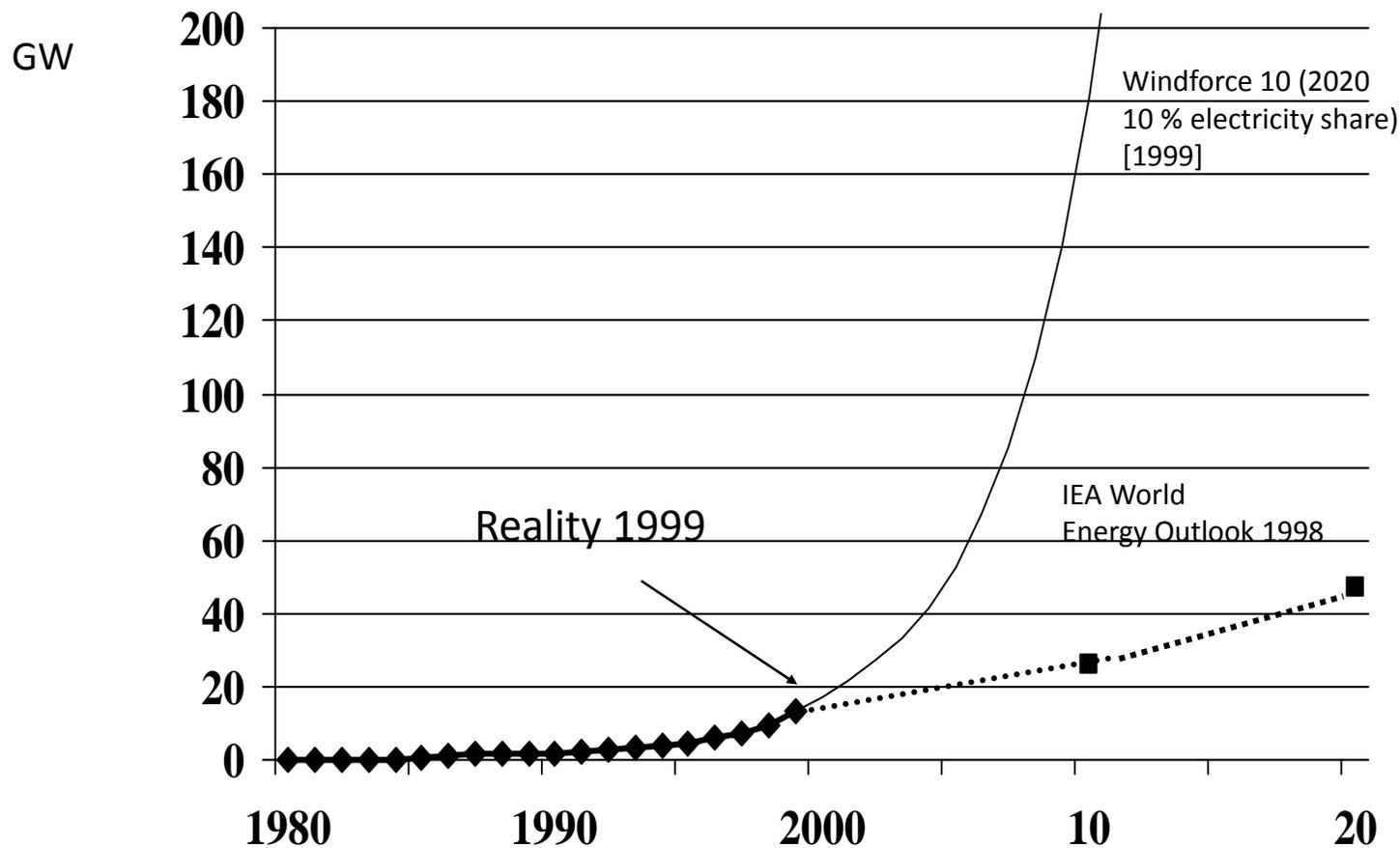
- Weil sie nicht nur anklagen, sondern Lösungen aufzeigen
- Beispiel Windkraft: Greenpeace lieferte die weltweit besten Prognosen und erkannte die Kostendynamik

IEA Outlook for wind power 1998

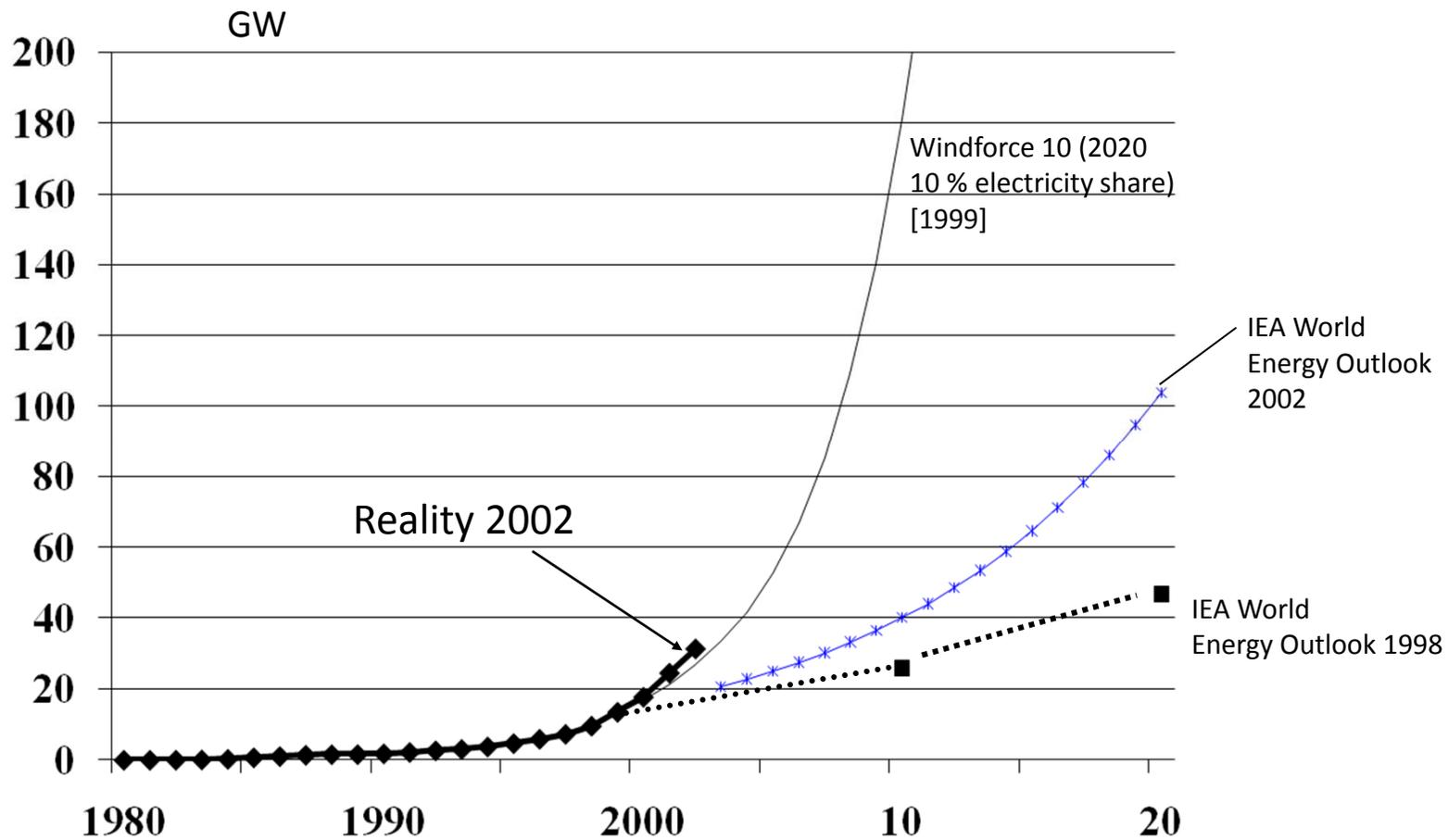
42 GW Wind power by 2020



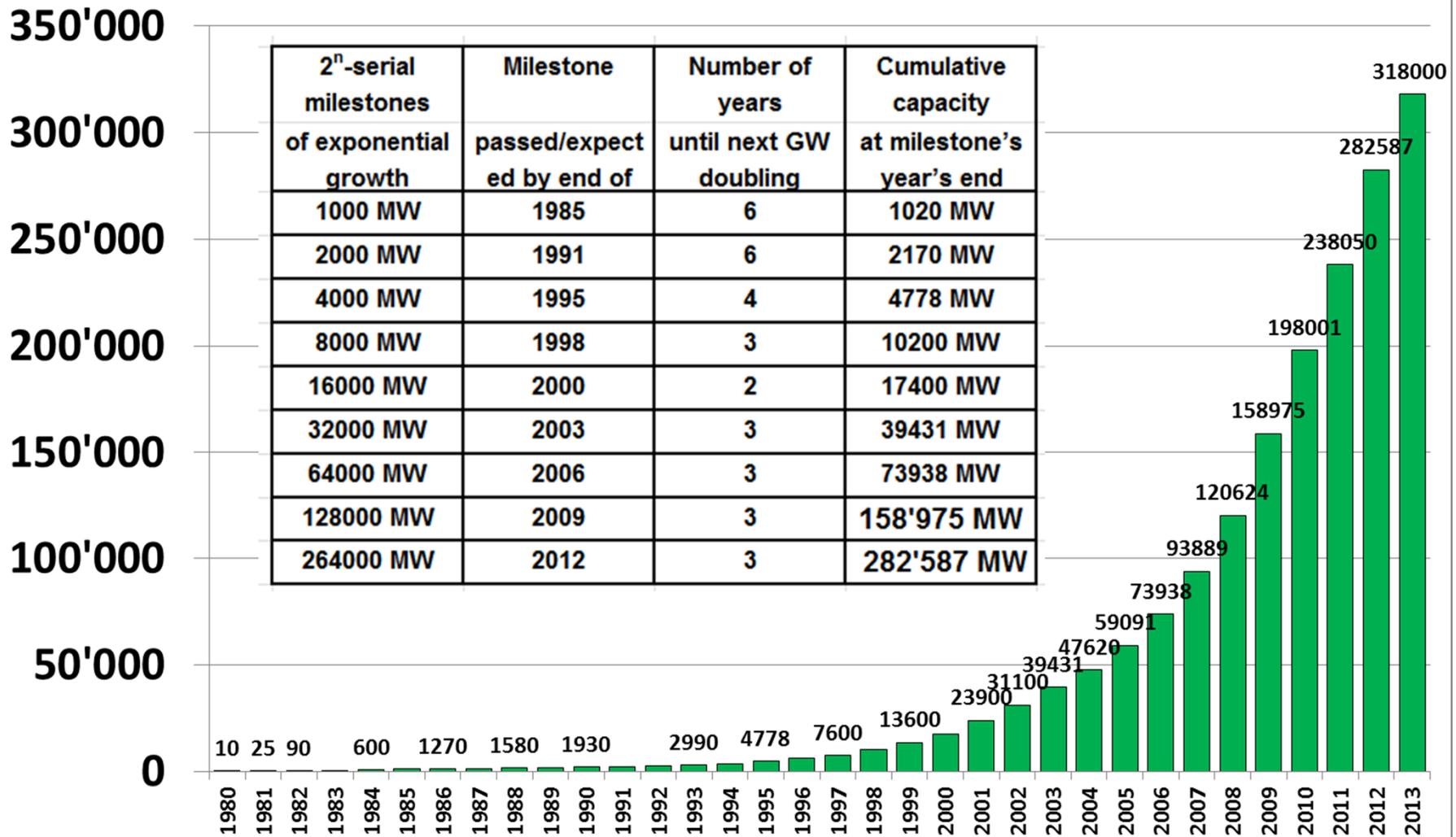
Greenpeace: Wind Force 10 (1999) Ten percent wind power by 2020 - or more



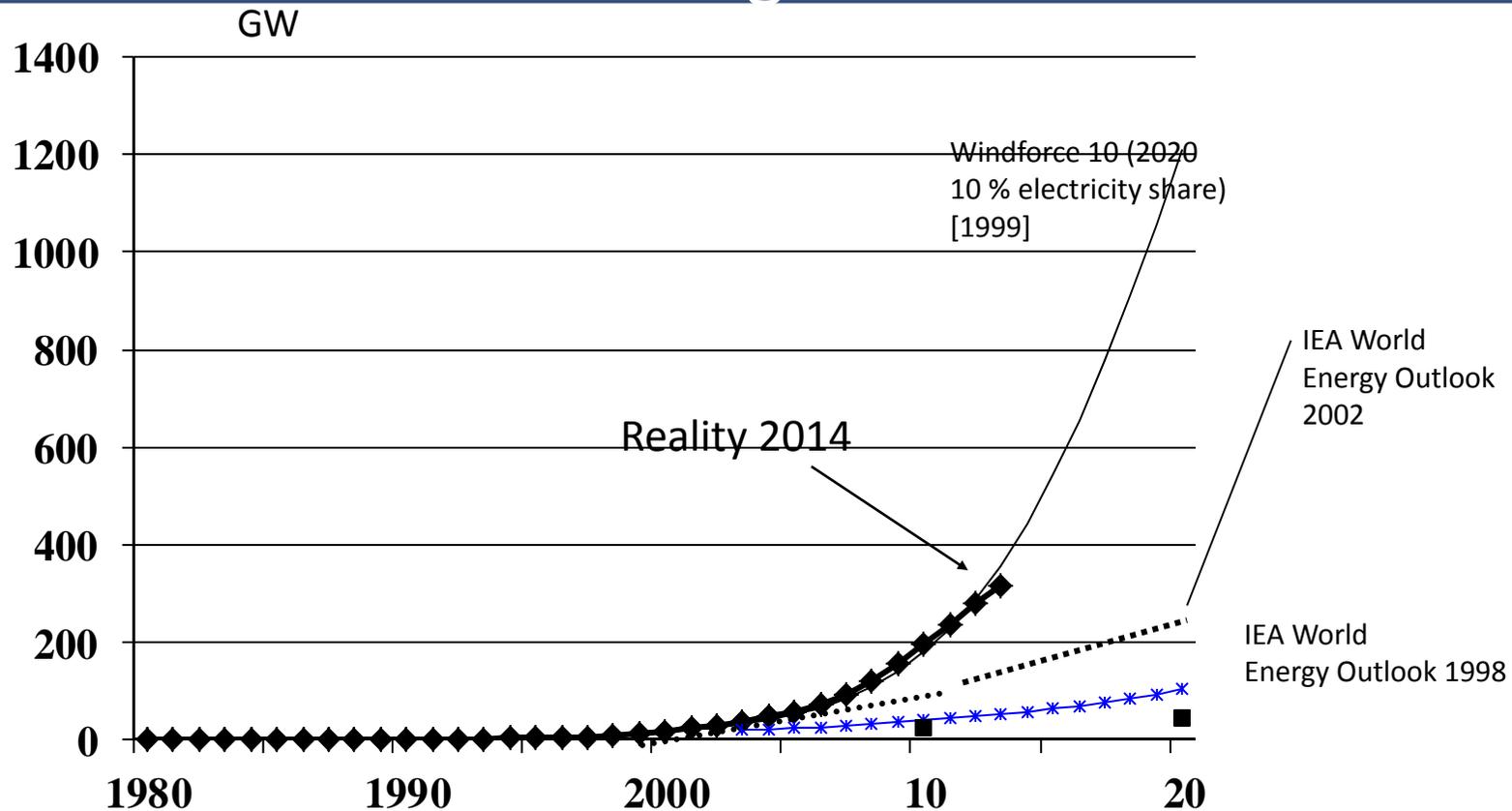
Reality 2002: wind forecast doubled to 105 GW by 2020

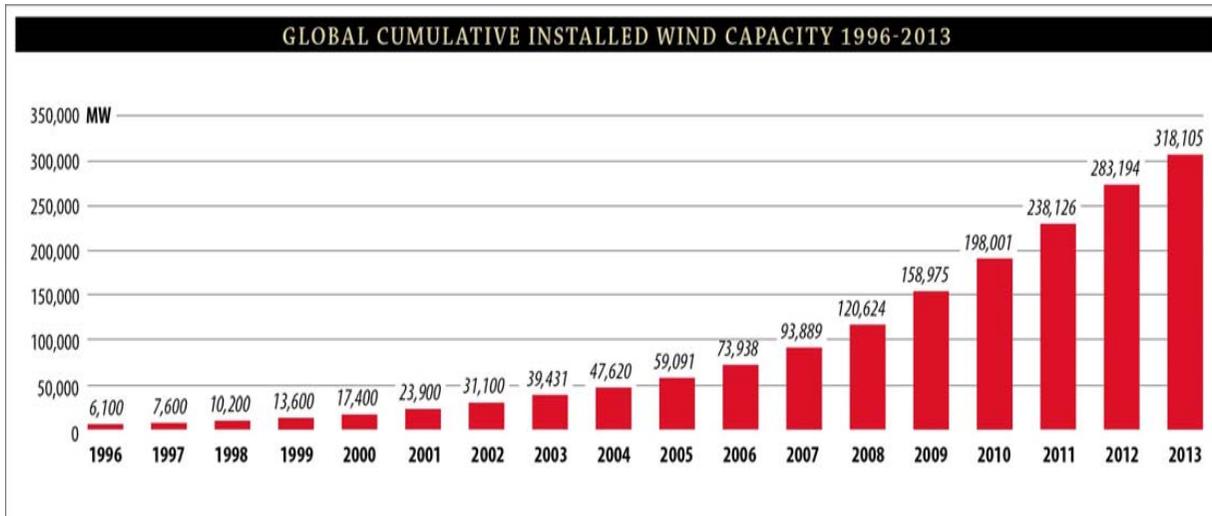


Cumulative Capacity of World Wind Power (MW)



IEA-Forecast 1999: 358'000 MW im 2013
 Realität: 318000 MW
 Abweichung unter 10%!





Daten GWEC 2014

1999: Publikation Wind force 10

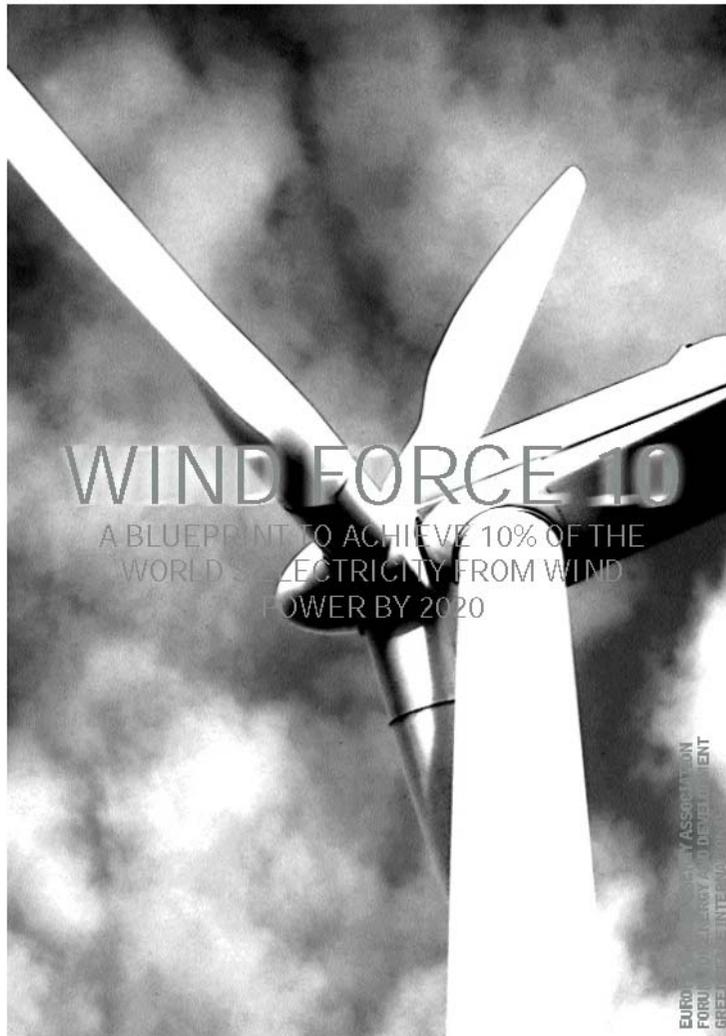
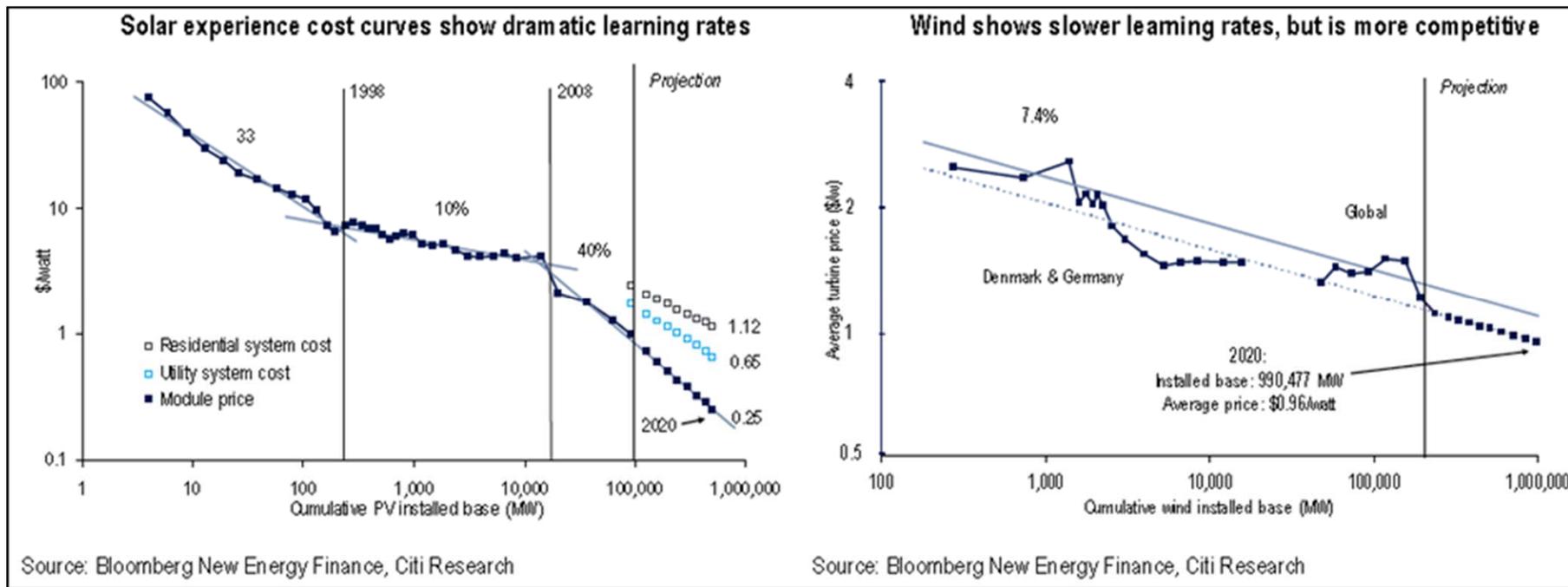


Table 1 Market penetration

Growth ratio	Year	Cumulative (MW)	Annual (MW)
20%	1998	10,153	2,600
	1999	13,273	3,120
	2000	17,017	3,744
	2001	21,510	4,493
	2002	26,901	5,391
30%	2003	33,371	6,470
	2004	41,781	8,411
	2005	52,715	10,934
	2006	66,929	14,214
	2007	85,407	18,478
20%	2008	109,428	24,021
	2009	140,656	31,228
	2010	181,252	40,596
	2011	229,967	48,715
	2012	288,425	58,458
10%	2013	358,575	70,150
	2014	442,755	84,180
	2015	543,771	101,016
	2016	654,888	111,117
	2017	777,117	122,229
10%	2018	911,569	134,452
	2019	1,059,466	147,897
	2020	1,209,466	150,000

Wind und Solarenergie werden auch in Zukunft billiger



investment cost for solar modules and for wind power turbines (US-\$/Watt; source: citigroup research)